

# »Wir planen bis 2020«

Pirat Michael Gugat und Christian Heißenberg (Bürgerne) wollen für Rot-Grün nicht nur Mehrheitsbeschaffer beim nächsten Etat sein

Bielefeld (WB). Auf einmal sind sie das Zünglein an der Waage. Pirat Michael Gugat (41) und Christian Heißenberg (50), Ratsvertreter der Wählergemeinschaft Bürgerne, sollen SPD und Grünen endlich zu einer Mehrheit im Stadtparlament verhelfen.

Die beiden, die jetzt auch offiziell eine Ratsgruppe bilden, sehen sich dabei nicht bloß als Juniorpartner von Rot-Grün. Sie wollen in der neuen Konstellation auch Akzente setzen. Im Gespräch mit WESTFALEN-BLATT-Redakteur Michael Schläger erläutern sie, wie sie Politik transparenter und das Rathaus »gläserner« machen wollen.

**?** Macht es Spaß so etwas wie der Schlüssel zur Macht zu sein?

**Michael Gugat:** Das ist ein falsches Bild. Die Arbeit im Rathaus macht Spaß, das stimmt. Wir sehen uns aber nicht als Zünglein an der Waage. Wir wollen nur etwas anderes als kräuselnde Opposition sein.

**Christian Heißenberg:** Wir haben das Ziel, inhaltliche Positionen setzen und mitgestalten zu können. Das Angebot war ja an alle gerichtet. Aber die meisten sind aufgestanden und gegangen, wir sind sitzengeblieben. Dann haben uns SPD und Grüne angesprochen, ob wir uns eine intensivere Zusammenarbeit vorstellen können.

**?** Die Bürgerne ist seit zehn Jahren im Rat und war in dieser Zeit vor allem mit der SPD selten einer Meinung – bei Projekten wie der L 712 n oder wenn es um die Stadterweiterung und ihren Atomstrom ging. Alles vergessen?

**Heißenberg:** Uns ist klar, worauf wir uns einlassen, und unseren möglichen Partnern ist auch klar, was sie tun. Die Knackpunkte sind offen angesprochen worden, und wir sind in manchen Punkten auf der Suche nach Kompromissformeln.

**?** Die Piraten sehen sich gern als Alternative zum etablierten Politikbetrieb, und jetzt sind sie auf einmal mitten drin.

**Gugat:** Richtig ist, dass wir vor der Wahl eine feste Koalition ausgeschlossen haben. Aber das heißt ja nicht, dass wir uns pragmatischen Lösungen verschließen. Wir sind Demokraten und haben die Verantwortung, für die Bürger zu arbeiten.

**?** Und das zusammen mit Rot-Grün in den verbleibenden fünf Jahren der Wahlperiode?

**Heißenberg:** Es soll nicht nur



Pirat Michael Gugat (links) und Christian Heißenberg von der »Bürgerne« (Mitte) verhandeln derzeit mit SPD und Grünen über die Bildung einer gemeinsamen Ratsmehrheit. Im Interview mit WESTFALEN-BLATT-Redakteur Michael Schläger sprechen sie über ihre Ziele. Foto: Bernhard Piel

darum gehen, den anstehenden Haushalt zu verabschieden. Die Zusammenarbeit ist schon länger angelegt, auch wenn es natürlich keine Garantie auf ewige Treue gibt.

**Gugat:** Wir planen bis 2020, verhandeln also auf das Ende der Wahlperiode hin.

**?** Dabei haben Sie nicht die Befürchtung, von den etablierten Politik-Profis bei SPD und Grünen über den Tisch gezogen zu werden?

**Gugat:** Das wäre doch aus Sicht von SPD und Grünen völlig kurzfristig. Damit würden sie ja ihre eigenen Ziele gefährden. Wir haben das Gefühl, dass wir auf Augenhöhe miteinander reden.

**Heißenberg:** Wir spielen mit offenen Karten, und wir erwarten das auch von den anderen.

**?** Wo werden denn die Bürger die Handschrift von Piraten und Bürgerne in der angestrebten Vereinbarung erkennen?

**Gugat:** Die Piraten setzen sich für Open Data und Open Govern-

ment ein. Öffentliche Daten müssen für alle verfügbar sein. Die Verwaltung und die Politik müssen sich den Bürgern öffnen. Bürgerbeteiligung muss eine Querschnittsaufgabe werden, und das soll sich auch in der Vereinbarung wiederfinden.

**Heißenberg:** Die Schwerpunkte der Bürgerne liegen in den Bereichen Stadtentwicklung und Verkehr. Wir wollen etwa die Situation des Radverkehrs verbessern. Die SPD-Fraktion hat sich deutlich verjüngt. Mit denen wird in diesen Fragen einiges möglich sein, was früher vielleicht schwieriger war.

**?** Bleibt das graue Tagesgeschäft. Wie stehen Bürgerne und Piraten zur Erhöhung der Grundsteuer?

**Heißenberg:** Wir sind uns darüber im Klaren, dass davon alle getroffen werden. Aber alle bedeutet auch: Es gibt so etwas wie ein Solidarprinzip in dieser für die Stadt schwierigen Situation.

**Gugat:** Mir fällt keine bessere Lösung ein als die in Aussicht gestellte Grunderhöhung ab

dem Jahr 2018. Dann bleibt die Möglichkeit gegenzusteuern.

**?** Aber wahrscheinlich wird auch noch eine Gewerbesteuererhöhung draufgesetzt.

**Gugat:** In unserem Wahlprogramm fordern wir tatsächlich eine Absenkung der Gewerbesteuer auf ein Niveau, wie es im Umland besteht. Zweimal hat eine Gewerbesteuererhöhung in Bielefeld auch nicht die gewünschten Effekte gehabt. Andererseits wäre eine Gewerbesteuererhöhung auch ein gesamtgesellschaftliches Signal. Alle müssen schließlich ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, auch die Unternehmen.

**?** So wie die Eltern mit höheren Kita-Beiträgen.

**Gugat:** Da sind wir noch mitten in den Verhandlungen. Dazu kann man jetzt noch nichts abschließend sagen.

**Heißenberg:** Das Problem ist die Geschwisterkinderregelung. Mehreinkünfte aus den Kita-Gebühren sollten jedenfalls nicht zur Haushaltskonsolidierung genutzt

werden, wie es die Verwaltung vorgeschlagen hat.

**?** Wo wollen Piraten und Bürgerne sparen?

**Gugat:** Die Theaterpreise könnten erhöht werden. Arbeitslosengeld-II-Empfänger natürlich ausgenommen. Jedes Ticket wird derzeit mit 90 Euro bezuschusst. Die Stadthalle müsste nicht mehr städtisch sein. Eine Privatisierung könnte man einfach mal prüfen lassen.

**Heißenberg:** Es gibt erhebliche Straßenbauprojekte. Das Geld dafür könnte besser in den Sozialbereich gesteckt werden.

**?** Manche sagen, Piraten und Bürgerne könnten bei sich selbst sparen und auf den Gruppenstatus im Rat verzichten, der ihnen 54 000 Euro im Jahr einbringt.

**Gugat:** Das ist eine sehr missverständliche Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Wir verzichten auf die 18 000 Euro, die uns für das vergangene Jahr zustehen. In diesem Jahr nehmen wir in Anspruch, was uns zusteht. Der

Status als Ratsgruppe ermöglicht es uns, uns noch intensiver in die Ratsarbeit einbringen zu können. Über die Verwendung der Mittel werden wir transparent Auskunft geben. Sie erlauben uns eine professionelle Arbeit. Und die ist mit den ehrenamtlichen Bezügen von 437,50 Euro pro Monat nicht möglich.

**?** Die SPD im nordrhein-westfälischen Landtag will eine Drei-Prozent-Hürde für Stadt- und Gemeinderäte einführen, damit sie wieder arbeitsfähiger werden. Dann wären sowohl Bürgerne wie auch die Piraten nicht im Rat.

**Gugat:** Was für ein Quatsch! Die Kleinen sorgen doch gerade erst dafür, dass der Rat arbeitsfähig wird. Schauen Sie sich die CDU an. Die ist in Bielefeld einfach ausgestiegen. Abgesehen davon: Die Drei-Prozent-Hürde würde spätestens am Bundesverfassungsgericht scheitern.

**Heißenberg:** Es ist für Bielefeld gewinnbringend, wenn quergestellt wird. Und dafür sorgen wir, die vermeintlich Kleinen.

## Ärger über Termin-Kollision

Radfahrer-Aktionstag »Ohne Auto Mobil«: Schildescher kritisieren Pläne der Verwaltung

■ Von Burgit Hörtrich

Bielefeld (WB). Der Streit um den Termin des Radfahrer-Aktionstages »Ohne Auto mobil« geht weiter. Nachdem die Veranstaltung wegen des »Heeper Tings« vom 6. auf den 27. September verlegt wurde, kollidiert sie jetzt mit dem Schildescher Stiftsmarkt.

Nach Planungen des Amts für Verkehr soll die B 61 zwischen Bielefeld und Herford dann für den motorisierten Verkehr gesperrt werden. Allerdings: Dem Termin des Aktionstages müssen unter anderem noch die Bezirksvertretungen Schildesche, Mitte und Heeper zustimmen. Schildescher Bezirksbürgermeister Detlef Knabe (SPD) jedenfalls kann sich ein »unbehindertes Votum« für den 27. September seiner Politiker-Kollegen nicht vorstellen. Er ärgert sich darüber, dass von den Schildeschern erwartet werde, sich mit der Terminüberschneidung abzu-

finden. Zudem sei es falsch zu behaupten – wie in der Abstimmungsvorlage geschehen – die Organisatoren des Stiftsmarktes, hätten ihre Bedenken 2011 und 2013 nicht vorgetragen, als die Termine ebenfalls kollidierten. Knabe: »Das stimmt nicht. Sowohl die Politik wie Astrid Brauch als Vorsitzende der Werbe- und Interessengemeinschaft Schildesche haben interveniert.« Astrid Brauch betont, dass 2011 und 2013 an dem verkaufsfö-

hnen Stiftsmarkt-Sonntag wegen des Radfahrer-Aktionstages die »Umsätze und Besucherzahlen massiv eingebrochen« seien. Schildesche werde aber keine Ruhe geben. »Das kann nicht das letzte Wort sein.« Sie kritisiert die Fehlplanung der Behörde, die doch wissen müsse, meint Brauch, »wann die Stadteinfeste stattfindet – weil das nämlich seit Jahrzehnten immer gleich ist.« Die Werbegemeinschaft »InSchildesche« und

die Gemeinschaft Schildescher Vereine werden nicht »kuscheln«.

Der Streckenverlauf soll wie bei den beiden Vorgänger-Aktionstagen vom Bielefelder Rathaus über Heeper Straße, Vogteistraße und Schelpmiller Weg auf die Herforder Straße/B 61 führen. »Ohne Auto Mobil« findet in Kooperation mit der Stadt Herford statt. Die Kosten für die Durchführung auf Bielefelder Gebiet werden mit 30 000 Euro angegeben. Man gehe davon aus, sagt das Amt für Verkehr, dass die Stadt letztendlich »nur« 7500 Euro beisteuern müsse. Der Schildescher Bezirksbürgermeister Detlef Knabe kann der Inanspruchnahme von Steuergeldern trotz desolater Haushaltslage nichts abgewinnen: »Es geht nicht, dass die eine Veranstaltung aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird und die, die komplett privat finanziert wird, damit auch noch schwer geschädigt wird.«

Nach Schätzungen der Veranstalter rollten 2013 gut 50 000 nicht-motorisierte Aktionstag-Teilnehmer über die B 61. Die Bezirksvertretungen Schildesche (Gesamtchule) und Mitte (Altes Rathaus) sagten am Donnerstag, 19. Februar, um 17 Uhr.



Der Aktionstag auf der B 61 am letzten Septembersonntag verärgert Politik und Werbegemeinschaft in Schildesche. Archivfoto: Piel

## Metalldiebe beim VfB Fichte

Bielefeld (WB/hz). Unbekannte Täter haben vergangenes Wochenende auf der Tennisanlage des VfB Fichte an der Otto-Brenner-Straße Teile der Besperungsanlage für die Ascheplätze demontiert und 110 Meter Kupferrohre mitgenommen. Raimund Donschen, Vorsitzender der Tennisabteilung, geht von professionellen Metalldieben aus und schätzt den Schaden auf 1800 Euro. Hinweise an die Polizei, Tel. 0521/5450.

## Mehrheit billigt Etat für Sozialbüro

CDU: »Unnötige Doppelstrukturen abschaffen«

Bielefeld (WB). Die CDU fordert weiterhin die Auflösung des »Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention« im Rathaus, weil dadurch Doppelstrukturen vorgehalten würden. Dazu sagt der sozialpolitische Sprecher der Union, Michael Weber: »In den Haushaltsberatungen im Sozial- und Gesundheitsausschuss hat der neue Sozialdezernent Ingo Nürnberger zwar bestritten, dass es Doppelstrukturen gibt, er hat aber eingeräumt, dass Schnittmengen mit anderen Ämtern vorhanden sind. Und was sind Schnittmengen, anders als Doppelstrukturen?« Konsequenterweise habe die CDU deshalb den Etat für das umstrittene Büro abgelehnt. Politische Brisanz sieht Weber in

der Tatsache, dass die Grünen dem Etat zugestimmt und damit für eine Mehrheit gesorgt hätten, obwohl auch sie das Büro für überflüssig hielten: »Um eine linke Mehrheit sicher zu stellen, spielen sachliche Argumente für die Grünen keine Rolle mehr. Ich befürchte, dass das kein Einzelfall bleiben wird.«

CDU-Sprecher Vincenzo Copertino weist die Aufforderung des Sozialdezernenten zurück, die Doppelstrukturen im Einzelnen zu belegen: »Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der Oberbürgermeister muss beweisen, dass es keine Doppelstrukturen gibt.« Es sei unverständlich, dass der OB angesichts der desolaten Haushaltslage der Stadt das Einsparpotenzial nicht nutze.